

Raumordnungsverfahren mit integriertem Zielabweichungsverfahren für die geplante Ansiedlung eines Wohnkaufhauses der Unternehmensgruppe Lutz/Neubert im Bereich Obsthof, Pforzheim

- Anhörung gemäß §§ 19 Abs. 4 und 24 Satz 3 Landesplanungsgesetz
 - Entscheidung über die Stellungnahme der Stadt Ettlingen
-

Beschluss: (einstimmig)

Der beigefügten Stellungnahme zum Raumordnungs-/Zielabweichungsverfahren „Wohnkaufhaus Lutz/Neubert“ im Bereich Obsthof, Pforzheim, wird zugestimmt.

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik am 18.01.2006 statt. Der Ausschuss empfiehlt vorstehenden Beschluss. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Das Regierungspräsidium Karlsruhe führt zurzeit als Raumordnungsbehörde ein Raumordnungs-/ Zielabweichungsverfahren durch. Dabei wird den Trägern öffentlicher Belange und Gemeinden Gelegenheit gegeben, zu der Planung der Unternehmensgruppe Lutz/Neubert in Pforzheim ein „Wohnkaufhaus“ mit 40.000 m² Verkaufsfläche anzusiedeln, Stellung zu nehmen. Zusätzlich kann sich jedermann im Rahmen der öffentlichen Auslegung äußern. Das Regierungspräsidium Karlsruhe wird das Raumordnungsverfahren durch eine „raumordnerische Stellungnahme“ abschließen.

Die Frist für die Äußerung der Stadt endet am 06.02.2006.
14 Tage zuvor (am 23.01.2006) endet die Äußerungsmöglichkeit der Öffentlichkeit.

Die Verwaltung bittet den Entwurf der Stellungnahme an das Regierungspräsidium Karlsruhe zu beschließen.

- - -

Oberbürgermeisterin Büsselmeier stellt fest, dass kein weiterer Vortrag gewünscht wird.

Stadtrat Dr. Ditzinger erklärt, dass die Ansiedlung der Unternehmensgruppe Lutz/Neubert im Bereich Obsthof, Pforzheim, ein sehr großes Projekt sei. Er fügt hinzu, dass das Wohnkaufhaus von Ettlingen aus gut zu erreichen sei. Auch er spricht sich dafür aus, dass die Verkaufsflächen für die so genannten Randsortimente von 9.000 m² auf 2.000 m² Verkaufsfläche zurückgefahren werden. Seiner Meinung nach sei die beantragte Fläche viel zu groß, was auch das Gutachten der CIMA GmbH bestätige. Da Ettlingen hier direkt betroffen werde, stimme er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu, auch im Hinblick darauf, dass in Ettlingen der Einzelhandel gestärkt werden müsse.

Stadtrat Rebmann erklärt, dass Gewerbethemen zwar grundsätzlich positiv seien, aber hier ein Verdrängungswettbewerb stattfinde. „Opfer“ seien vor allem die Innenstädte von Pforzheim und Mühlacker. Die Auswirkungen der Ansiedlungen würden aber auch Ettlingen betreffen, da die Unternehmensgruppe Lutz/Neubert auch innenstadtrelevante Waren in ihrem Sortiment hätten. Er spricht sich dafür aus, dass die Stadt Ettlingen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen solle, um die geplante Verkaufsfläche zu reduzieren. Hintergrund sei auch, dass die Ettlinger Innenstadt gestärkt werden müsse und hier bereits viel Geld investiert wurde. Er erklärt, dass er die Stellungnahme der Verwaltung unterstütze und hofft auf eine Reduzierung der Verkaufsfläche.

Stadtrat Dr. Asché stimmt dem Beschlussvorschlag zu und erklärt, dass seine Fraktion die Verwaltung unterstützen werde. Er schließt sich seinen Vorrednern dahingehend an, dass die Kaufkraft in Ettlingen erhalten bleiben müsse.

Stadträtin Seifried-Biedermann stimmt dem Beschlussvorschlag zu und erläutert, dass das Problem des Kaufkraftabzuges nicht nur durch die Ansiedlung des Wohnkaufhauses in Pforzheim, sondern auch durch eine eventuelle Ansiedlung von IKEA in Rastatt bestehe.

Stadträtin Zeh erläutert, dass sich die Stadt Pforzheim von der Ansiedlung des Wohnkaufhauses Arbeitsplätze verspreche. Ihrer Meinung nach sei hier eine ungerechte Verteilung von Gewinn und Verlust vorhanden, es müsste eine Partizipation der Gewerbesteuer vorgenommen werden. Sie stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Dr. Böhne stimmt dem Beschlussvorschlag mit Hinweis auf seine Vorredner zu.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig vorstehender Beschluss gefasst.

Gabriela Büsse-maker
Oberbürgermeisterin

- - -

Ji/La

6. Februar 2006

1. Planungs- und Umweltamt zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Veranlassung.
2. Z. d. A.

Im Auftrag:

Jilg